

Antrag

der Abgeordneten Horst Sielaff, Adelheid Tröscher, Anke Fuchs (Köln), Brigitte Adler, Dr. Ingomar Hauchler, Ernst Bahr, Christel Deichmann, Reinhold Hemker, Ilse Janz, Marianne Klappert, Horst Kubatschka, Werner Labsch, Kurt Palis, Dr. Hermann Scheer, Wieland Sorge, Dr. Peter Struck, Jella Teuchner, Dr. Gerald Thalheim, Matthias Weisheit, Heidemarie Wright, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

Zusammenarbeit in der internationalen Agrarforschung verbessern

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. eine Bestandsaufnahme der Förderaktivitäten der Bundesregierung zur internationalen Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung im Bereich der Land-, Forst-, Fischerei- und Ernährungswirtschaft, einschließlich des Ressourcenschutzes und Ressourcenmanagements,
2. eine Bestandsaufnahme entsprechender Einrichtungen zur Information, Dokumentation, Koordination, Beratung und Durchführung von Forschungsförderaktivitäten in diesem Bereich sowie
3. eine Bestandsaufnahme in Bonn bereits bestehender oder zur Verlagerung dorthin vorgesehener Einrichtungen mit entsprechenden Aufgaben oder Aktivitäten vorzunehmen und
4. ein Konzept zur Zusammenführung solcher Einrichtungen und besseren Abstimmung dieser Aktivitäten zu entwickeln und

das Ergebnis dem Deutschen Bundestag im Herbst 1997 vorzulegen.

Bonn, den 14. Mai 1997

Horst Sielaff
Adelheid Tröscher
Anke Fuchs (Köln)
Brigitte Adler
Dr. Ingomar Hauchler
Ernst Bahr
Christel Deichmann
Reinhold Hemker

Ilse Janz
Marianne Klappert
Horst Kubatschka
Werner Labsch
Kurt Palis
Dr. Hermann Scheer
Wieland Sorge
Dr. Peter Struck

Jella Teuchner
Dr. Gerald Thalheim
Matthias Weisheit

Heidemarie Wright
Rudolf Scharping und Fraktion

Begründung

Neben der notwendigen politischen, wirtschaftlichen und technologischen Kooperation ist die Forschungs- und Wissenschaftskooperation mit Entwicklungsländern und Ländern im Übergang zur Marktwirtschaft eine wesentliche Voraussetzung zur Lösung von Entwicklungsproblemen in diesen Ländern und von globalen Umwelt- und Entwicklungsproblemen. Dies gilt insbesondere auch im Bereich der Agrar-, Forst-, Fischerei- und Ernährungswirtschaft. Es bestehen diesbezüglich weltweit eine Reihe von zentralen Problemen, zu deren Lösung Wissenschaft und Forschung wichtige Beiträge leisten können. Dabei handelt es sich u. a. um

- die zukünftige Sicherung der Welternährung,
- die Bekämpfung ländlicher Armut durch Einkommenssicherung der ländlichen Bevölkerung und Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung und damit Verringerung der Landflucht,
- Landreformen mit dem Ziel einer gerechteren Verteilung des Produktionsfaktors Boden,
- die Sicherung natürlicher Ökosysteme und biotischer und abiotischer Ressourcen,
- die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt, insbesondere genetischer Ressourcen für die Ernährung, Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft,
- die Bekämpfung der Bodendegradation und Wüstenbildung,
- den Schutz der Gewässer und den Meeresschutz,
- die nachhaltigere Nutzung der Wälder.

Zu einer Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung bei der Lösung dieser Probleme hat sich die Bundesregierung in verschiedenen Beschlüssen der Staatengemeinschaft, internationalen Abkommen und zweiseitigen Vereinbarungen bereit erklärt. Dazu zählen insbesondere

- der Beitritt zur Weltbankberatungsgruppe für die Internationale Agrarforschung (CGIAR),
- der VN-Gipfel für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio (UNCED 92) und hier insbesondere im Rahmen
 - der dort beschlossenen Agenda 21,
 - der dort gezeichneten und inzwischen in Kraft getretenen, von Deutschland ratifizierten
 - Konvention über die biologische Vielfalt,
 - der Klimarahmenkonvention,
- das Programm der Bundesregierung zur Förderung des Aufbaus von Demokratie und Marktwirtschaft in Mittel- und Osteuropa,
- die internationale Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung,

- der Welternährungsgipfel 1996 in Rom und der dort beschlossene Globale Aktionsplan,
- die Internationale Technische Konferenz der Welternährungsorganisation FAO zu pflanzengenetischen Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft 1996 in Leipzig und der dort beschlossene Weltaktionsplan,
- die internationale Bodenschutzkonferenz 1996 in Bonn,
- bilaterale Abkommen zur Zusammenarbeit in der Agrarforschung,
- das Partnerschaftsprogramm der FAO über die Zusammenarbeit mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen der Mitgliedstaaten.

Deutschland verfügt auf den relevanten Forschungsgebieten über umfangreiche und leistungsfähige öffentliche und private Forschungskapazitäten und über ein vielfältiges Instrumentarium zur Förderung einer Forschungs Kooperation auf diesen Gebieten. Sowohl die Forschungsaktivitäten wie auch das Förderinstrumentarium sind jedoch zersplittert. Den bestehenden Maßnahmen fehlt es deshalb an Effizienz und Transparenz. Notwendig sind eine bessere wechselseitige Information, eine bessere Koordination von Aktivitäten und eine umfassendere Beratung der Förderinstitutionen und politischen Entscheidungsträger, worauf auch bei der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Deutschen Bundestages am 14. April 1997 zu Fragen der Welternährung aufmerksam gemacht wurde. Entsprechende Maßnahmen empfehlen sich insbesondere angesichts der in geringerem Umfang zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen, einer föderalen und pluralistischen Forschungslandschaft (Hochschul-, private sowie Bund- und Länderressortforschung, von Bund und Ländern gemeinsam finanzierte Forschungseinrichtungen, Forschungs- und Förderaktivitäten von Stiftungen etc.) sowie eines steigenden Bedarfs aufgrund sich verschärfender Problemlagen.

Die deutsche Agrarforschung hat den daraus resultierenden Handlungsbedarf erkannt und sich in einer Allianz des International Ausgerichteten Deutschen Agrarforschung (AIDA) zusammengeschlossen und tritt für eine Unterstützung ihrer Informations- und Koordinationsbemühungen durch die Bundesregierung ein.

Im Zuge der Beschlüsse zur Verlagerung der Bundesregierung nach Berlin wurde auch beschlossen, im Rahmen eines Entwicklungskonzeptes für die Region Bonn, diese zu einem Nord-Süd-Zentrum auszubauen und in diesem Rahmen internationale Organisationen in Bonn anzusiedeln. Es empfiehlt sich deshalb auch hier ein nationales Zentrum der Information, Dokumentation, Koordination, Beratung und Forschung im Bereich der internationalen Agrarentwicklung und des Ressourcenmanagements im Agrar-, Forst-, Fischerei- und Ernährungsbereich zu bilden.

* Vergleichbare Länder, wie z. B. Frankreich, haben bereits eine Konzentration von relevanten Einrichtungen vorgenommen und

in Montpellier ein Zentrum der internationalen Agrarforschung gebildet („Agropolis“), durch das die französischen Beiträge wesentlich effizienter in die internationale Zusammenarbeit eingebracht und für beide Seiten gewinnbringend genutzt werden können.